

#SparIchMir: Gasimporte

Es ist höchste Zeit für Deutschland und Europa, unabhängiger von Energieimporten zu werden. Fracking sei dazu dringend notwendig, argumentieren die Erdgas- und Erdölindustrie. Doch diese Methode zur Gasförderung birgt unabsehbare Risiken für Mensch und Natur. Gut, dass es einen Weg aus der Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten gibt, der für Natur, Mensch und Wirtschaft gleichermaßen Vorteile bringt!

Gasimporte einfach „wegsparen“

Wird die derzeitige Energieverschwendung beendet, könnten innerhalb von nur zehn Jahren 135 Terawattstunden Gas eingespart werden. Das entspricht knapp einem Fünftel der Gasimporte Deutschlands und übersteigt deutlich die Gasmenge, die jährlich in Deutschland gewonnen wird. Auch wenn sich die heimischen Gasreserven zu Ende neigen, kann Deutschland also innerhalb kurzer Zeit unabhängiger von Gasimporten werden – ganz ohne Fracking. Dazu müssten die Potenziale der energetischen Sanierung von Gebäuden und bei der besseren Verwertung von Prozesswärme in der Industrie endlich richtig genutzt werden.

Jetzt Effizienzwende einläuten!

Die Bundesregierung hat im Dezember 2014 einen „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ vorgestellt, damit die schlummernden Möglichkeiten für Energiesparmaßnahmen in Industrie, Unternehmen, Kommunen und privaten Haushalten endlich besser genutzt werden. Der NAPE ist ein erster wichtiger Schritt. Auch BUND-Forderungen finden sich darin wieder. Die Vorschläge der Bundesregierung sind aber vage, lückenhaft und stehen auf finanziell wackligen Beinen.

Rund 40 Prozent des in Deutschland verbrauchten Gases gehen auf das Konto von Warmwasser und Heizung in Gebäuden. Der Großteil der Gebäude in Deutschland wurde errichtet, bevor es nennenswerte Anforderungen an die Energieeffizienz gab. Das Potenzial für Energieeinsparungen ist dementsprechend hoch. Entscheidungen über eine umfassende Strategie zur Gebäudesanierung werden im NAPE jedoch erneut aufgeschoben. Dringend notwendig wäre etwa ein verbindlicher, bundesweiter Sanierungsfahrplan.

„Neue ordnungsrechtliche Vorgaben sind nicht vorgesehen“ heißt es lapidar. Diese pauschale Verweigerung ist in Anbetracht des hohen klima- und energiepolitischen Drucks nicht akzeptabel! Längst überfällig ist eine Änderung des Mietrechts, um die finanziellen Lasten von energetischen Sanierungsmaßnahmen



sozialverträglich zu verteilen. Der BUND schlägt hierzu ein „Drittelmodell“ vor: Die Kosten werden gleichmäßig auf VermieterInnen, MieterInnen und Staat verteilt, denn sie alle profitieren letztlich von den Maßnahmen. Auch muss die Industrie stärker in die Pflicht genommen werden, Energieeinsparpotenziale zu ermitteln und wirtschaftliche Effizienzmaßnahmen tatsächlich durchzuführen. Denn sie ist der größte Gasabnehmer in Deutschland.

Vor allem muss die Bundesregierung endlich für verlässliche Rahmenbedingungen für eine „Effizienzwende“ sorgen. Nur so entwickeln BürgerInnen und InvestorInnen das nötige Vertrauen in die Energiewende und engagieren sich entsprechend. Die Energiesparziele müssen dafür gesetzlich verankert werden. Eine unabhängige Institution soll einzelne Instrumente koordinieren und gewährleisten, dass die Ziele eingehalten werden. Förderprogramme für Energieeffizienz müssen außerdem unabhängig von der Tagespolitik mit ausreichenden Mitteln versorgt werden.

Der BUND fordert:

- Die Bundesregierung muss den „Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE)“ jetzt nachbessern.
- Eine echte „Effizienzwende“ muss eingeläutet werden, um schnell unabhängiger von Gasimporten zu werden.
- Fracking muss verboten werden.

Quellen: DIW (2014). Positive Effekte der Energieeffizienz/ Ecofys (2014), Energieabhängigkeit von Russland durch Energieeffizienz reduzieren.

Mehr Infos
unter:
[bund.net/
energiesparen](http://bund.net/energiesparen)